

Auß der Thronrede: Die Beziehungen zu den Mächten sind die freundschaftlichsten. In Ostindien sind energische Maßnahmen gegen die epidemischen Krankheiten ergriffen worden, die dort die Bevölkerung bedrohen. Schwierigkeiten ergaben sich bei der Ausführung der Grenzkonvention, die im Jahre 1904 mit Portugal geschlossen wurde, und führten zu einer Spannung auf der Insel Timor, welche eine tatkräftige Aktion zum Schutze der Untertanen des Grenzgebietes notwendig machte. Das Budget schließt etwas günstiger ab als im Vorjahre, doch bleibt die dauernde Verstärkung der Staatskassen eine dringende Aufgabe. Die Thronrede kündigt dann Besetzungswürde über die Ausgehälter der Gemeindebeamten und ihrer Witwen an, ferner über die Regelung des Lebensversicherungswezens, über den staatlichen Telephonbetrieb, über Versicherung der Arbeiter gegen Berufskrankheiten, und ebenso einen Entwurf über die Verbesserung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage in Surinam.

Auf der Straße findet eine Kundgebung für das allgemeine Stimmrecht statt, an der sich 20000 Personen beteiligen. Eine Petition mit 317000 Unterschriften wird der Regierung unterbreitet.

19. September. (Kammer.) Budget für 1912.

Die Ausgaben belaufen sich auf 228 Millionen, von denen 11 Mill. außerordentliche Ausgaben sind, die Einnahmen auf 200 Millionen. Das Defizit im ordentlichen Etat wird auf 9 Millionen geschätzt. Um diese Summe aufzubringen, rechnet der Minister auf 2 Millionen Abgaben aus der Tabaksteuer, auf ein höheres Erträgnis der Einfuhrzölle infolge der Tarifrevison und Erhöhung der Einkommensteuer.

11. Oktober. (Zweite Kammer.) Auf Antrag des Sozialistenführers Troelstra nimmt die Kammer die Dringlichkeit für die Revision der Verfassung zwecks Einführung des allgemeinen Stimmrechts an.

16. November. (Zweite Kammer.) Ablehnung des Antrags der Sozialisten und der unionistischen und der demokratischen Liberalen, welche die Dringlichkeit für eine Verfassungsänderung zugunsten des allgemeinen Stimmrechts fordern.

23. November. (Zweite Kammer.) Das Rekrutierungsgesetz, das die Zahl der jährlich Eingestellten von 17500 auf 22000 Mann erhöht, wird mit 53 gegen 34 Stimmen angenommen.

### XIII.

## Dänemark.

14. Januar. (Folkething.) Erste Lesung der Verfassungsänderungsvorschläge.

Die Regierungsvorlage bezweckt außer einer wesentlichen Vermehrung der Wahlkreise die Herabsetzung der Altersgrenze für das aktive und passive Wahlrecht von 30 auf 25 Jahre und die Ausdehnung der Wahl-